Bürgermeister Luca Wilhelm Prayon präsentiert weitere mögliche Standorte und appelliert an Vermieter

Grünes Licht für eine Flüchtlingsunterkunft am westlichen Nöttinger Ortsrand auf dem Grundstück Lailingstraße 19, wo sich bereits Sozialwohnungen der Gemeinde befinden, gab der Remchinger Rat am Donnerstagabend. Wie berichtet soll bis Oktober auf 135 Quadratmetern Grundfläche in Modulbauweise auf zwei Etagen Wohnraum für bis zu 32 Flüchtlinge entstehen. Die Kosten belaufen sich auf rund 375 000 Euro. Das Aufatmen über den schnell geschaffenen, dringend benötigten Wohnraum wird allerdings von kurzer Dauer bleiben.



Bis Oktober soll direkt neben dem gemeindeeigenen Gebäude an der Nöttinger Lailingstraße ein Modulbau für bis zu 32 Flüchtlinge entstehen. Die Gemeinde rechnet damit, dass bald weitere Standorte folgen müssen. Foto: Zachmann

Kämpfen jeden Tag um Wohnraum

„Das sind keine schönen Wohnungen, das sind Notunterkünfte“, betonte Bürgermeister Luca Wilhelm Prayon und verdeutlichte ausführlich, dass er den Modulbau gerne vermieden hätte: „Seit fünf Jahren kämpfen wir jeden einzelnen Tag für andere Möglichkeiten, jetzt ist es einfach rum, wir sind an der Grenze.“ Zunächst habe man die Unterbringung in Gemeindewohnungen noch relativ reibungslos leisten können, jetzt sei sie zur Herkulesaufgabe geworden. Vor zehn Jahren hätten gerade einmal drei Flüchtlinge in Anschlussunterbringung in Remchingen gewohnt, vor fünf Jahren 88 und aktuell 163 – zum Sommer rechne Prayon mit 186. Im nächsten Jahr könnten es angesichts der politischen Großwetterlage im Nahen Osten und Afrika durchaus 250 sein. Hinzu komme ein teils ungeordneter Zuzug von Osteuropäern, von denen manche auch in Obdachlosigkeit gerieten und auf Unterkünfte angewiesen seien. Prekär sei die Situation, weil es schlicht keinen Wohnungsmarkt in der Gemeinde gebe. Das nächste Baugebiet sei zwischen Tulla- und Melanchthonstraße in Nöttingen anvisiert – dauere aber mindestens vier bis fünf Jahre. Seit fünf Jahren appelliere der Bürgermeister immer wieder persönlich an private Eigentümer im Hinblick auf bestehende Leerstände: „Aber es gibt nichts – und die, die etwas haben, geben es nicht raus, obwohl die Gemeinde mit im Boot ist, sich um Miete und alles andere kümmert.“

Verschiedene Standorte für schnelle Modulbauweise geprüft

Neben der theoretischen Möglichkeit, nichts weiter zu tun und für nicht aufgenommene Flüchtlinge hohe Summe an den Kreis zu bezahlen – den „politischen Flurschaden“ nicht eingerechnet – und der ebenso unbefriedigenden Variante „weiter zu wurschteln, bis sich ein Mauseloch auftut“ könne man eine Großlösung bauen, was aber fundamental den Zielen der Gemeinde widerspreche, erklärte Prayon. Neben einer weiteren Bitte an private Vermieter präsentierte er mögliche Freiflächen für dezentrale Lösungen: in Wilferdingen beim Drogeriemarkt, am Spielplatz Nöttinger Straße oder am Solarpark, in Singen beim Kindergarten Mosaik, am Eingang Neuwiesenstraße, in den Meilwiesen, der Blumenstraße oder beim Spielplatz Goethering, in Nöttingen beim Spielplatz Gleiwitzer Straße, gegenüber der Kirche oder hinter der Schule. Im Hinblick auf bestehende Unterkünfte in direkter Nachbarschaft, weite Wege oder eine „Lage auf dem Präsentierteller“ bis hin zu Baurecht und Durchkreuzen anderer Entwicklungsmöglichkeiten sehe die Verwaltung derzeit keine bessere Variante als die Lailingstraße: „Trotzdem bleiben alle anderen perspektivische Standorte und solange wir keine andere Lösung finden, müssen wir auf den zweiten oder dritten zurückkommen.“

Zeitdruck enorm groß

Felix Casper (CDU) enthielt sich der Abstimmung, weil er sich einen Einbezug in die Standortwahl gewünscht hätte. „Der Druck ist so groß, dass wir keine Zeit haben zum Überlegen oder Schieben“, entgegnete Antje Hill (SPD) und auch Markus Gartner (FWV) unterstrich, dass sich im Modulbau an der Lailingstraße zwar keine Familie eine richtige Zukunft aufbauen könne, er aber alternativlos sei. Den Bedarf der Einheimischen an Gemeindewohnungen dürfe man nicht vergessen, unterstrich Klaus Fingerhut (Grüne). Man könne hin und her lamentieren – am Ende sei die Gemeinde in der Pflicht, die zugewiesenen Flüchtlinge aufzunehmen, erklärte Dieter Walch (CDU): „Und weil wir nicht ständig für vier bis fünf Menschen Häuser kaufen und ertüchtigen können, müssen wir jetzt so bezahlbaren Wohnraum schaffen, zumal die Zahlen nicht enden werden.“ Ebenso wie Wolfgang Oechsle (Bürgerliste) plädierte Andreas Beier (SPD) dafür, endlich die ältesten gemeindeeigenen Gebäude zu sanieren. Zudem verwies Beier auf viele positive Beispiele der Integration, die es noch stärker hervorzuheben gelte, um Bedenken zu nehmen.

Remchinger Rat wird digitaler

Im September 2020 hat der Gemeinderat die Einführung eines Ratsinformationssystems für Räte und Bürgerschaft und damit die Umstellung auf eine digitale Ratsarbeit anstatt bergeweise Papierunterlagen beschlossen. Gleichzeitig soll dadurch eine transparente Informationsplattform entstehen.- Die Tablets können die Räte während ihrer Mandatstätigkeit kostenlos von der Gemeinde leihen oder unter bestimmten Sicherheitsrichtlinien private Geräte nutzen, wie Hauptamtsleiterin Diana Wirth informierte. Die Bitte von Martin Rothweiler (Freie Wählervereinigung), zur besseren Übersicht trotz Mehrkosten Tablets mit einem größeren Display als vorgeschlagen zu beschaffen, unterstrichen mehrere seiner Kollegen. Einstimmig beauftragte der Rat die Verwaltung mit der entsprechenden Beschaffung und Änderung der Geschäftsordnung.

Vereinsförderung für Umbau des TV Singen

Der Turnverein Singen will seine Räumlichkeiten an der Singener Lammstraße (altes Standesamt) in Eigenarbeit um- und ausbauen. Neben einem Aufenthaltsraum soll eine Sportstätte für die neu gegründete Dart-Abteilung entstehen. Der Verein rechnet mit etwa 35 000 Euro Gesamtkosten. Der Gemeinderat stimmte einem Zuschuss gemäß der Vereinsförderrichtlinien in Höhe von maximal 7 000 Euro zu. Der Vorsitzende und SPD-Rat Volker Bräuninger hat an der Abstimmung und Beratung zu diesem Punkt wegen Befangenheit nicht mitgewirkt.

Singener Bürger fordern mehr Hochwasserschutz

Bürgermeister Luca Wilhelm Prayon wies in diesem Rahmen darauf hin, dass ein Rückbau des Wehrs bei der Singener Mühle, an dem Pfinz und Kämpfelbach zusammenfließen, die Hochwassersituation entschärft hätte, aber das RP darin Nachteile sieht und neu planen möchte. Den Hauptvorteil und Schutz bietet das Rückhaltebecken in Nöttingen.
Derzeit werden viele Gräben gesäubert, damit das Niederschlagswasser abfließen kann. Auch eine Gefahrenkarte für Starkregenereignisse lässt die Gemeinde derzeit in Zusammenarbeit mit dem Regionalverband erstellen. Daraus soll ein Maßnahmenkatalog abgeleitet werden.

Foto: Reichert